

Finanzdirektion des Kantons Bern
Münsterplatz 12
3011 Bern
beat.baumgartner@fin.be.ch



Bern, 24. November 2017

VERNEHMLASSUNGSANTWORT

Bericht über die Erfolgskontrolle des Gesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich (FILAG)

Sehr geehrte Frau Finanzdirektorin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung zur Vernehmlassung zum Bericht über die Erfolgskontrolle zum FILAG. Gerne nimmt die Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern (SP Kanton Bern) dazu fristgerecht Stellung.

1 GRUNDSÄTZLICHES

Das Gesetz über den Lastenausgleich ist aus Sicht der SP Kanton Bern die Basis für eine gelebte Solidarität unter den Regionen des Kantons. Die Heterogenität des Kantons durch seine sehr unterschiedlich geprägten Regionen bedingt für die SP Kanton Bern dieses Gesetz, um den Kanton als Ganzes zu stärken. Ländliche Regionen sollen nicht schlechter gestellt sein als urbane. Gleichzeitig müssen aber auch die ländlichen Regionen bereit sein, die Aufgaben der Agglomerationen und der städtischen Zentren zu respektieren und zu stützen. Unter dieser Voraussetzung ‚lesen‘ wir auch diese Erfolgskontrolle und beeinflusst diese unsere Stellungnahme.

2 ZUM BERICHT

Wir begrüssen die äusserst umfangreiche Beschreibung der Evaluation mit den Funktionsweisen des FILAG und danken dem Regierungsrat für diese sorgfältige Aufarbeitung. Wir beschränken uns für unsere Stellungnahme auf die Beurteilung der Ergebnisse der Evaluation.

- Wir teilen die Beurteilung, dass das FILAG gut austariert und durch die Detailliertheit der gesetzlichen Formulierungen klar und transparent ist.
- Wir teilen auch die Ansicht, dass das richtige System gewählt worden ist, indem der Kanton Bern mit den effektiven Kosten arbeitet (und nicht wie andere Kantone mit Pauschalbeträgen).

- Positiv gilt es herauszuheben, dass neu die soziodemographischen Sonderlasten auch einbezogen werden für die Berechnung der Zentrumslasten.
- Wir teilen die Ansicht, dass mit den Städten Bern, Biel, Thun, Burgdorf und Langenthal die richtigen Zentren benannt sind und keine weiteren Städte im Kanton diese Stellung bekommen sollten.
- Nicht einverstanden sind wir mit dem Fazit des Berichtes, den Anteil der Zentrumslasten nicht zu erhöhen und ausschliesslich Änderungen beim Verteilschlüssel vorzunehmen.

So zeigt sich beispielsweise ganz aktuell, dass die Belastung im Sozialbereich die Städte, im Kanton Bern besonders die Stadt Biel, trifft. Die Verschärfungen des Sozialhilfegesetzes werden diesen Umstand noch verstärken.

Zur Begründung stützen wir uns zusätzlich auf die Studie „Grundlagen zu den Zentrumslasten der Stadt Bern“, welche der Berner Gemeinderat bei Ecoplan AG in Auftrag gegeben und im letzten Jahr vorgestellt hat. Die Studie bestätigt die Ausgestaltung des FILAG als positiv und effizient. Sie kommt aber klar zum Schluss, dass die Zentrumslasten aufgrund der aktuellen Zahlen zu korrigieren seien und die Kostenschlüssel zu überprüfen seien. Die Studie weist auch auf die Situation hin, dass die Städte mit der Reform der Unternehmenssteuer grosse Einbussen zu erwarten haben. Dies gilt voraussichtlich auch für die neue Vorlage des Bundes.

Wir gehen davon aus, dass die Ergebnisse der Ecoplan-Studie auch auf die anderen zentrumslastenberechtigten Gemeinden zutreffen.

Wir schlagen deshalb aus den oben genannten Gründen vor, die Zentrumslasten der berechtigten Gemeinden gemäss FILAG einer Neubeurteilung zu unterziehen.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern
Parti socialiste du canton de Berne



Ursula Marti
Parteipräsidentin



David Stampfli
Geschäftsführender Parteisekretär